

Niederschrift
der 06. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 16.05.2019
Beginn: 17:10 Uhr
Ende: 18:35 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Kollegiensaal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Hendrik Lastovka

stellv. Vorsitzende/r

Herr Thomas Haack
Herr André Meißner

Mitglieder

Herr Jan Gottschling
Herr Stefan Nachtwey
Frau Kathrin Ruhnke
Herr Jürgen Suhr
Herr Peter van Slooten

bis 18:20 Uhr
ab 17:15 Uhr
bis 18:20 Uhr

Vertreter

Herr Mathias Miseler

Vertretung für Herrn Prof. Dr. Rupert Eilsberger

Protokollführer

Frau Gaby Ely

von der Verwaltung

Herr Stephan Bogusch
Frau Kirstin Gessert
Herr Ekkehard Wohlgemuth
Frau Karin Zech

Gäste

Herr Peter Sobottka

Tagesordnung:

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 05. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung vom 11.04.2019
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 3.1 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 48 "Wohnbebauung Andershof/Drigger Weg", Abwägungs- und Satzungsbeschluss der Teilaufhebung

Vorlage: B 0022/2019

- 3.2** 17. Änderung des Flächennutzungsplanes der Hansestadt Stralsund und Anpassung des Landschaftsplanes für die Teilfläche westlich vom Voigdehäger Teich, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: B 0023/2019
- 4** Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1** Anpassung von Maßnahmen des Abwasserbeseitigungskonzeptes der Hansestadt Stralsund
hier: grundhafter Ausbau des Groß Lüdershäger Weges
Einreicher: Peter Paul, CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: AN 0050/2019
- 4.2** Einhaltung von Geschwindigkeitsvorgaben im Wohngebiet Garbodenhagen, Stadtteil Grünhufe
Einreicher: Mathias Miseler, SPD-Fraktion
Vorlage: AN 0068/2018
- 4.3** Mehr Sitzgelegenheiten in der Altstadt
Einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: AN 0098/2017
- 4.4** Radroute Franken
- 4.5** Ergebnisse aus der Sitzung des Gestaltungsbeirates
- 5** Verschiedenes
- 9** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung sind zu Beginn 8 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Die Verwaltung zieht die Vorlage B 0023/2019 zurück. Damit entfällt TOP 3.2.

Die geänderte Tagesordnung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 05. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung vom 11.04.2019

Die Niederschrift der 05. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung vom 11.04.2019 wird ohne Änderungen/Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 6 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 2 Stimmenthaltungen

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

zu 3.1 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 48 "Wohnbebauung Andershof/Drigger Weg", Abwägungs- und Satzungsbeschluss der Teilaufhebung Vorlage: B 0022/2019

Frau Zech erläutert den Inhalt der Vorlage.

Herr Suhr erkundigt sich, welche Konsequenzen sich durch die Entscheidung des Forstamtes für die Fläche ergeben, die in der Vorlage angesprochen wird.

Frau Zech erklärt, dass die Fläche, die in die Baufläche übergeht, nach § 34 BauGB bebaut werden kann, wenn die Waldthematik geklärt ist.

Herr Suhr fragt noch einmal nach, ob die Waldabstandsfläche im Rahmen eines Baugenehmigungsverfahrens akzeptiert wird.
Dies kann von Frau Zech bejaht werden.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Lastovka stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 0022/2019 gemäß Beschlussempfehlung zu beschließen.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 3.2 17. Änderung des Flächennutzungsplanes der Hansestadt Stralsund und Anpassung des Landschaftsplanes für die Teilfläche westlich vom Voigdhäger Teich, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: B 0023/2019

Die Vorlage wurde unter TOP 1 von der Verwaltung zurückgezogen.

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Anpassung von Maßnahmen des Abwasserbeseitigungskonzeptes der Hansestadt Stralsund
hier: grundhafter Ausbau des Groß Lüdershäger Weges
Einreicher: Peter Paul, CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: AN 0050/2019

Herr Haack beantragt das Rederecht für Herrn Treichel von der Bürgerinitiative.
Herr Lastovka lässt über das beantragte Rederecht abstimmen.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

Herr Bogusch, in Begleitung von Herrn Müller von der REWA, erläutert den aktuellen Stand mit Hilfe einer Präsentation ausführlich. Zur besseren Veranschaulichung liegt der Übersichtsplan zum Abwasserbeseitigungskonzept vor.
Er erläutert umfänglich, welche Maßnahmen schon umgesetzt wurden und welche bis 2038 umgesetzt werden sollen.
Die Sanierung der Hainholzstraße musste verschoben werden, da kein Angebot einging.

In den nächsten Jahren sollen die Maßnahmen im Bereich der Wallensteinstraße umgesetzt werden. Ebenfalls stehen die Verlängerung der Großen Parower Straße und der Sanierungsbeginn der Rudolf-Breitscheid-Straße auf dem Plan.

Gemäß dem Abwasserbeseitigungskonzept soll der Groß Lüdershäger Weg im Jahr 2037 saniert werden. Nach Abschluss dieser Arbeiten stehen noch zwei weitere Baumaßnahmen an, die Sanierung des August-Bebel-Ufers und der Elisabethweg.

Alle anderen Maßnahmen des Konzeptes sind derzeit vor dem Groß Lüdershäger Weg eingetaktet. Der Groß Lüdershäger Weg befindet sich zwischen Damaschkeweg und Tribseer Wiesen.

Im Bereich des Damaschkeweges liegt bereits eine Trennkanalisation vor.

In diesem Abschnitt existiert auch die angesprochene Baumproblematik. Dementsprechend würde ein Vorziehen der Sanierungsmaßnahmen im Groß Lüdershäger Weg die Baumproblematik nicht lösen.

Herr Bogusch erklärt umfänglich die weitere Verfahrensweise und zeigt dabei die Möglichkeiten der Finanzierung bei einer Vorziehung der Maßnahmen des Groß Lüdershäger Weges auf. So müssten z.B. finanziell bereits eingetaktete Maßnahmen des Abwasserbeseitigungskonzeptes neu eingeordnet werden.

Weiterhin erläutert er ausführlich, welche Bau – und Sanierungsmaßnahmen hintenangestellt werden müssen, wenn der Groß Lüdershäger Weg bis 2025 fertig gestellt werden würde.

Herr Treichel bedankt sich für die Möglichkeit, im Ausschuss sprechen zu dürfen. Er stellt fest, dass es im Groß Lüdershäger Weg keine getrennte Abwasser – und Regenwasserleitung gibt. Weiterhin weist er darauf hin, dass die Pflanzung der italienischen Erlen zusammen mit den Schwarzerlen ein Fehler war. Dieser Fehler muss beseitigt werden. Im Zuge der Baumpflanzung wurden die zwar nichtbefestigten, dennoch viel genutzten Radwege gestrichen. Als Folge dessen müssen alle den schmalen Gehsteig nutzen. Die Straße ist für die Radfahrer in einigen Bereichen zu gefährlich. Als eine weitere Folge führt er an, dass die Erlen eine Pflanzgrube von 12 m³, sowie gelockerten Boden zur Wurzelausbreitung benötigen. Dies kann nicht eingehalten werden, somit stellen die Bäume eine Gefahr für die Ver- und Entsorgungsleitungen und die Zuwegungen dar. Die Straße ist inzwischen durch die zahlreichen Bodenwellen geschädigt. Diese Wellen entstehen durch das Zusammenwachsen der Wurzeln unterhalb der Straße. Durch das Zusammenwachsen der Baumkronen ist z.B. das Betreiben von Solaranlagen vollkommen unwirtschaftlich, da die Sonne kaum durchkommt. Dadurch sind die Anwohner gezwungen, zur Stromversorgung Strom zu nutzen, der nicht erneuerbar ist. Das hat zur Folge, dass die Anwohner künftig eine Co²-Steuer zahlen müssen, sollten die Pläne hierfür umgesetzt werden. Herr Treichel äußert die Befürchtung, dass der ÖPNV die Straße in Zukunft nicht mehr nutzen kann. Er bittet die Anwesenden, sich die Situation vor Ort anzuschauen. Er weist auf das hohe Allergierisiko durch die Pollen der Erlen hin. Er bezieht sich auf mehrere Rechtsquellen, welche eine Baumfällung in Ausnahmefällen erlauben. Herr Treichel bittet, den Antrag auf Sanierung des Weges bis 2025 zu befürworten, um weitere Gefahren abzuwenden.

Herr Lastovka fasst die Intention von Herrn Treichel zusammen. Die Sanierung des Abwasserleitungssystems soll vorgezogen werden, um gleichzeitig das Problem der Erlen lösen zu können.

Herr Bogusch stellt klar, dass die Bäume vom Baumpfleger und der unteren Naturschutzbehörde als vital und verkehrssicher eingestuft wurden. Dementsprechend liegt keine Handhabe zur Genehmigung einer Baumfällung vor. Aktuell wird eingeschätzt, dass im Zuge der Straßensanierung einige Bäume nicht mehr standsicher sein könnten. Dies ergäbe dann den Ausnahmetatbestand, um eine Fällung der Bäume zu rechtfertigen. Es werden dann entsprechende Ersatzpflanzungen mit einer anderen Baumart durchgeführt. Ebenfalls stellt er dar, dass es durch die Bäume keine Beeinträchtigung der Ver- und Entsorgungsleitungen gibt. Allerdings haben die Wurzeln zu Schäden der Straße und des Gehweges geführt. Die Straße ist dennoch verkehrstauglich. Er erläutert, dass andere Straßen wesentlich schlechter beschaffen sind und dort zum Teil eine Beschädigung der Leitungen vorliegt. Dies waren unter anderem Gründe, die Sanierung des Groß Lüdershäger Weges weiter nach hinten zu stellen.

Herr Suhr stellt folgende Fragen:

1. Inwieweit sind die Leitungen beschädigt?
2. Ist eine Finanzierung des Abwasserbeseitigungskonzeptes über das Finanzausgleichsgesetz möglich?
3. Wie ist die naturschutzfachliche Einschätzung des Baumzustandes?

Herr Müller stellt in Bezug auf die vorherige Diskussion fest, dass in Teilen des Groß Lüdershäger Weges ein Trennsystem vorhanden ist. In den anderen Bereichen existiert ein Mischwassersystem. Zur Beantwortung der ersten Frage von Herrn Suhr teilt er mit, dass es kaum Wurzeleinwüchse gibt und keine Schäden im Trinkwassernetz bestehen. Somit kann er keine direkten Rückschlüsse von den Bäumen auf das Leitungsnetz erkennen.

Herr Lastovka stellt fest, dass momentan noch keine Einwachsungen bestehen. Fraglich ist, ob sich dies in den nächsten Jahren ändern wird.

Herr Müller bestätigt die Aussage von Herrn Lastovka. Es kann momentan nur der aktuelle Stand betrachtet werden, es liegt keine Notwendigkeit vor, mit einer Freifräsung, dort einzugreifen. Die Kanalisation wird nach Schadensklassen bewertet. In der Rangliste des Reparaturkonzeptes steht diese Sanierung weiter hinten.

Herr Treichel betont nochmal, dass im Bereich der Hausnr. 6 keine getrennte Leitung liegt.

Herr Müller beruft sich auf die in den letzten Wochen aufgenommenen Videoaufzeichnungen und bietet Herrn Treichel an, sich diese anzusehen.

Herr Lastovka sieht das Angebot von Herrn Müller als eine gute Chance für eine bessere Verständigung zwischen den Parteien.

Herr Bogusch erläutert, dass die weggefallenen Straßenbaubeiträge mit anderen Maßnahmen kompensiert werden sollen. Eine genaue Aussage zum FAG kann er aktuell nicht treffen.

Bezüglich der Ausnahmetatbestände für eine Fällung stellt Herr Bogusch nochmal heraus, dass die untere Naturschutzbehörde dafür zuständig ist.

Durch die untere Schutzbehörde wurde mitgeteilt, dass die Fällgenehmigungen nicht erteilt werden, da die Bäume keine Verkehrsgefährdung darstellen.

Herr Meißner bedankt sich für den sehr fachlichen und ruhigen Vortrag von Herrn Treichel. Er stellt den Antrag auf Verweisung in die Fraktionen. Intention dafür ist das genaue Betrachten der Finanzierung.

Herr Bogusch antwortet auf die Frage von Herrn Gottschling, dass es der Verwaltung aktuell nicht bekannt ist, dass es in Stralsund noch mehr Straßen mit dieser Baumart gibt.

Herr Lastovka lässt über den Verweisungsantrag von Herrn Meißner abstimmen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

Der Antrag wird zur Beratung in die Fraktionen verwiesen.

Herr Lastovka schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 4.2 Einhaltung von Geschwindigkeitsvorgaben im Wohngebiet Garbodenhagen, Stadtteil Grünhufe
Einreicher: Mathias Miseler, SPD-Fraktion
Vorlage: AN 0068/2018

Herr Bogusch erläutert ausführlich die Auswertung der durchgeführten Geschwindigkeitsüberwachung an Hand einer Präsentation.

Er bezieht sich besonders auf den Wert, der unter V85 angegeben ist. Hierbei handelt es sich um die Geschwindigkeit, die von 85% der gemessenen gefahren wurde.

Herr Bogusch erklärt, dass es sich bei dem Blütenweg, der hier betrachtet wurde, nach seinem Ausbaustand, um eine Tempo 30 Zone handelt.

Eine Möglichkeit wäre die bauliche Umgestaltung der Straße, dies ist aber unrealistisch.

Herr Miseler weist noch einmal auf die Beschilderung „Spielstraße“ und „Sackgasse Spielstraße“ hin, die durch ihre Positionierung für den Autofahrer offensichtlich schwer zu erken-

nen sind. Er spricht sich für eine Versetzung der Schilder aus. Den Vorschlag von Herrn Lastovka, ein Piktogramm „Spielstraße“ auf der Fahrbahn aufzubringen, stimmt Herr Bogusch mit der Begründung zu, dass dies eine Maßnahme ist, die aus den laufenden Haushaltsmitteln finanzierbar ist. Er sagt außerdem zu, die Position der Straßenschilder zu überprüfen.

Das Thema wird nach Umsetzung der Maßnahmen erneut im Ausschuss beraten.

zu 4.3 Mehr Sitzgelegenheiten in der Altstadt
Einreicher: Dr. Ronald Zabel, CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: AN 0098/2017

Herr Bogusch teilt mit, dass in der Ossenreyerstraße auf einer Länge von 380m 12 Papierkörbe vorhanden sind. Zwei weitere Standorte werden demnächst mit Papierkörben ausgestattet.

Auf die Frage von Herrn Lastovka nach Pressmülleimern bzw. Resultate mit diesen erklärt Herr Bogusch, dass ein Pressmülleimer auf der Hafensinsel vorhanden ist, sich aber durch dieses Modell keine Kostenvorteile ergeben haben. In Folge dessen wurden keine weiteren Pressmülleimer angeschafft.

Das Problem kann aus Sicht von Herrn Lastovka nicht rein wirtschaftlich betrachtet werden, wenn die Big Bellys zu mehr Sauberkeit führen.

Herr Bogusch bestätigt die Problematik der übervollen Mülleimer in einigen Bereichen, betont aber auch, dass eine tägliche Leerung erfolgt.

Herr Lastovka bitte um Informationen, um wieviel Prozent teurer ein Big Belly im Vergleich zu einem herkömmlichen Mülleimer ist.

Herr Bogusch sagt zu, die entsprechenden Zahlen nachzureichen.

Herr Sobottka schlägt vor, bei jeder Sitzgelegenheit einen Mülleimer auszustellen.

Herr Haack spricht sich dafür aus, am Wochenende eine Zwischenleerung einzuschieben, auch wenn das höhere Kosten bedeutet.

Herr Nachtwey ist für den Austausch der Mülleimer in der Ossenreyerstraße gegen größere Modelle und einer Wiederverwendung der ausgetauschten Modelle an anderen Standorten. Außerdem sollten die neuen Modelle Vorrichtungen für Zigarettenkippen haben.

Die Ausschussmitglieder betrachten den Antrag als umgesetzt. Eine entsprechende Mitteilung geht an den Präsidenten der Bürgerschaft.

zu 4.4 Radroute Franken

Herr Bogusch macht deutlich, dass es darum geht, den Ausschuss über das Vorhaben zu informieren.

Eine Förderung wurde bereits in Aussicht gestellt. Derzeit wird sich beim Innenministerium um eine Freigabe der Fördermittel bemüht. Ist diese erfolgt, soll in diesem Jahr die Planung fortgesetzt und im nächsten Jahr mit der baulichen Umsetzung begonnen werden. Herr Bogusch betont, dass es sich um eine Förderung für den Radverkehr handelt. Sollte der vorgesehene Bereich für den Autoverkehr nicht gesperrt werden, gibt es höchstens die Möglichkeit, neben der Straße eine Radverkehrsanlage zu errichten, sollten die Platzverhältnisse dafür ausreichen.

Andernfalls würde das Projekt nicht gefördert werden. Herr Lastovka erkundigt sich, ob temporäre Sperrungen möglich sind. Dazu erklärt Herr Bogusch, dass ein Poller auch bedient werden muss und bei elektrischen Pollern von hohen Kosten auszugehen ist. Eine zeitlich begrenzte Nutzung des Bahnweges für den Kfz-Verkehr kann er sich dann vorstellen, wenn in angrenzenden Straßen beispielsweise Bauarbeiten durchgeführt werden. Herr Meißner spricht sich für eine Fahrradstraße mit der Beschilderung „Kfz frei“ aus und fragt, ob dies möglich ist. Unter Umständen könnte mit dieser Beschilderung das Förderziel verfehlt werden, erklärt Herr Bogusch.

Der Vorschlag von Herrn Lastovka, die Radroute an den Lokschuppen entlang zu führen, hätte zur Konsequenz, dass man sich von der Route, die im Klimaschutzteilkonzept beschlossen worden ist, verabschieden müsste.

Herr Suhr erfragt, ob die Stadtverwaltung für die Umsetzung des Projektes die Zustimmung des Ausschusses benötigt, obwohl ein Beschluss der Bürgerschaft vorliegt.

Herr Bogusch erklärt, dass keine Empfehlung des Ausschusses notwendig ist, es aber die Absicht der Verwaltung ist, den Ausschuss über die laufenden Projekte zu informieren und über die Sachstände in Kenntnis zu setzen.

Es macht wenig Sinn, ein Projekt zu beginnen, das dann nachträglich durch einen Beschluss aufgehoben wird. Die Information an den Ausschuss hat das Ziel, Planungssicherheit zu bekommen.

Herr Meißner und Herr Haack sind beide sicher, dass es im Beschluss der Bürgerschaft zum Klimaschutzteilkonzept heißt, dass jede Maßnahme vor Umsetzung dem Ausschuss für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung zur Beratung vorzulegen ist.

Herr van Slooten erklärt, dass es Sinn dieser Maßnahme ist, eine andere Verkehrsstruktur zu schaffen. Wenn jede Maßnahme diskutiert wird und Kompromisslösungen gesucht werden, ist eine Umsetzung des Konzeptes nicht möglich.

Herr Gottschling befürwortet die Maßnahme, da nur durch die Nutzung des Förderprogramms die Möglichkeit besteht, an der jetzigen Situation im Bahnweg etwas zu ändern.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Informationen der Verwaltung zur Kenntnis.

zu 4.5 Ergebnisse aus der Sitzung des Gestaltungsbeirates

Herr Wohlgemuth teilt mit, dass die letzte Sitzung des Gestaltungsbeirates am 12.04.2019 stattfand.

Zu Umbau und Neugestaltung des Deutschen Meereskundemuseums ist zu sagen, dass sich trotz der erforderlichen Umplanungen aufgrund der Kostensteigerungen am städtebaulichen Konzept nichts verändert hat. Die Reduzierung des Betriebsgebäudes von zwei- auf eingeschossig ist aus städtebaubaulicher Sicht eher positiv zu sehen.

Ein weiteres Thema war das Farbkonzept Altstadt. Hier war es der Verwaltung wichtig, eine verbindliche Grundlage für Neubauten in der Altstadt zu schaffen. Grundsätzlich gibt es dazu

bereits Abstimmungen, aber auch die ein oder andere Abweichung. Mit Hilfe von Städtebaufördermitteln wurde ein Gesamtkonzept für die Altstadt entwickelt, auch um das zusammenzufassen, was in den letzten 20 Jahren an restauratorischen Gutachten erstellt worden ist. Bestehend aus einem analytischen Teil, welche Farbgebung an historischen Gebäuden vorhanden ist und einem konzeptionellen Teil, wurde ein möglicher Farbkanon für die Altstadt entwickelt. Der entwickelte Farbfächer ist die Grundlage für Abstimmungen und er gibt der Verwaltung mehr Rechtssicherheit.

Abweichungen sind nach Prüfung und in Ausnahmefällen möglich, erklärt Herr Wohlgemuth.

zu 5 Verschiedenes

Herr Meißner bittet um Information zu der durchgeführten Verkehrszählung am Werftkreisel.

Außerdem fragt Herr Meißner, ob auch Durchschnittsgeschwindigkeiten für das Areal vor dem Lindencenter bekannt sind oder solche ermittelt werden können.

Herr Wohlgemuth sichert zu, die Fragestellungen mitzunehmen.

Auf die Frage von Herrn Lastovka, die Brandruine in der Bauhofstraße betreffend, kann Herr Wohlgemuth keine Angaben machen.

zu 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Herr Lastovka stellt die Öffentlichkeit wieder her, bedankt sich für die Zusammenarbeit und schließt die Sitzung.

gez. Hendrik Lastovka
Vorsitzender

gez. Gaby Ely
Protokollführung